

DIE LINKE.

in Nidda

DIE LINKE. Nidda kandidiert zur Kommunalwahl am 14. März 2021

Werte Wählerinnen und Wähler,

uns Linken ist es wichtig, dass Nidda liebens- und lebenswert bleibt. Dafür haben wir uns in den vergangenen Wahlperioden in der Stadtverordnetenversammlung und im Ortsbeirat eingesetzt. Wir ergreifen Partei für soziale Gerechtigkeit, einen starken öffentlichen Bereich und die Stärkung des Handwerks und Mittelstandes. Dass dies unter den derzeitigen politischen und finanziellen Rahmenbedingungen nicht leicht ist, dafür haben andere Parteien gesorgt.

Wir werden uns aber weiterhin dafür einsetzen:

■ Nidda muss als Mittelzentrum gestärkt werden! Deshalb sind wir dagegen, dass öffentliche Einrichtungen geschlossen werden. Die Schließung des Amtsgerichts war ein Fehler!

Und leider haben CDU und BürgerListe die Schließung



Thomas Herz
Diplom Ingenieur



Stella Luise Smith,
Studentin



Viktoria Klaus
Studentin



Karl Heinrich Weiss
Politologe

Alle zwölf Kandidatinnen und Kandidaten auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

DIE LINKE. Nidda kandidiert zur Kommunalwahl am 14. März 2021

Zwölf Kandidatinnen und Kandidaten hat DIE LINKE in Nidda für die Kommunalwahl aufgestellt:

- Thomas Herz
(Dipl. Ingenieur) Nidda
- Stella Luise Smith
(Studentin) Nidda
- Viktoria Klaus
(Studentin) Ulfa
- Karl Heinrich Weiss
(Politiloge) Eichelsdorf
- Emir Can Yilmaz
(Schüler) Harb
- Ina Telva
(Hausfrau) Nidda
- Sabine Roskoss
(Erzieherin) Fauerbach
- Lev Chifrine
(Rentner) Nidda
- Beate Kriek,
(Wirtschaftskauffrau)
Nidda
- Barbara Könnecke
(Lehrerin i.R.)
Wallernhausen
- Horst Könnecke
(Diplom Volkswirt)
Wallernhausen
- Karl-Heinz Haas
(Diplom Verwaltungswirt)
Nidda

Fortsetzung von Seite 1

Werte Wählerinnen und Wähler...

des Hallenbades ohne Weiteres hingenommen und den Neubau eines Ganzjahresbades verhindert.

■ Auch in Nidda steigen die Mietpreise. Wir haben uns für bezahlbaren Wohnraum stark gemacht. Und auch das haben CDU und BürgerListe blockiert. Es sei angeblich kein Bedarf vorhanden. Unverständlich! Schon lange explodieren die Mieten. Und jetzt in der Krise führen Kurzarbeit und Arbeitsplatzabbau oft dazu, dass die Menschen weniger Geld haben. Viele geraten mit der teuren Miete

in Rückstand. Die Zahl der Entmietungen ist angestiegen. Aber das scheint die Fraktionen der CDU und BürgerListe nicht zum Umdenken zu bewegen.

**Sehr geehrte
Wähler:innen!**

Linke Abgeordnete werden sich auch in Zukunft aktiv in der Stadtverordnetenversammlung und im Ortsbeirat für soziale Verbesserungen und für Nidda einsetzen.

**Mit freundlichen Grüß
Thomas Herz
Stadtverordneter
DIE LINKE. Nidda**

Mit der kreiseigenen Wohnungsbau- gesellschaft zusammenarbeiten!

Es sieht so aus, als würde der Wetteraukreis eine Wohnungsbaugesellschaft gründen. Jahrelang hat das die Linke Fraktion im Kreistag beantragt. Denn Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht dem privaten, profitorientierten Markt überlassen bleiben. Jetzt liegt auch ein Antrag der Kreistagskoalition aus SPD und CDU vor. Wenn diese Wohnungsbaugesellschaft tatsächlich entsteht, sollte die Wohnungsbaugesellschaft Nidda kooperieren! Sozialer Wohnungsbau ist in einem Zusammenschluss leichter zu realisieren.

**DIE LINKE. Nidda
ViSdP.: Karl-Heinz Haas
e-mail: info@die-linke-wetterau.de**

Wohnen muss bezahlbar sein!

Auch in Nidda gibt es nicht genug bezahlbaren Wohnraum. DIE LINKE. hat sich deshalb für den Bau von Sozialwohnungen eingesetzt. Leider sind die Anträge im Stadtparlament abgelehnt worden. Damit wurde viel Geld verschenkt.

Das Land Hessen stellte von 2015 bis 2017 Fördermittel in Höhe von 291 Millionen Euro für einen Masterplan Wohnen bereit. Seit 2017 stehen jährlich 300 Millionen Fördermittel zur Verfügung. Doch die Stadt Nidda und ihre Wohnungsbaugesellschaft rufen keine Mittel ab. Bürger Liste und CDU sehen keinen Handlungsbedarf für bezahlbaren Wohnraum und verschenken viel Geld.

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Nidda saniert bestehende Wohnungen. Das finden auch wir sinnvoll. Aber darüber hinaus braucht es den Bau von preisgünstigem Wohnraum! Selbst das einzige geplante Mietshaus verschob die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft 2019 auf den Sankt-Nimmerleinstag.

Wenn Hessen schon Mittel bereitstellt, sollte man sie auch nutzen! Bauland gibt es. Was fehlt, ist das Verantwortungsbewusstsein der Kommunalpolitiker: innen gegenüber der Bevölkerung.

Warum der Markt nichts regelt

Ein Argument wird immer wieder angeführt: Wenn neue, gutausgestattete Wohnungen gebaut werden, ziehen wohlhabendere Menschen in diese Neubauten. Die bisherigen Wohnungen werden dann frei. Weniger solvente Wohnungssuchende könnten dann diese älteren Wohnungen billiger anmieten.

Dumm nur, dass ältere Wohnungen meist gar nicht billiger vermietet werden. Und oft werden sie erst mal saniert - oder gar luxussaniert. So kann man höhere Mieten verlangen. Bei großer Nachfrage sinken Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt nicht.

Bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht durch den Markt, sondern durch soziale Wohnungspolitik!



Wählen Sie am
14. März 2021
DIE LINKE.

Rüstung tötet. Auch kommunale Haushalte!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben auf 2% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu erhöhen. Das bedeutet: Jährlich werden 80 Milliarden Euro für Militär ausgegeben! Wie sollen die Kommunen dann noch ihre Aufgaben erfüllen?

Die deutsche Bundesregierung zweckentfremdet Corona-Hilfen, um höhere Rüstungsausgaben durchzusetzen. Im Corona-Nachtragshaushalt sind allein rund 700 Millionen Euro für Militärzwecke versteckt. Und vor der Sommerpause haben CDU und SPD neue Rüstungsbeschaffungen im Wert von 9,3 Milliarden Euro beschlossen: Vier Mehrzweckkampfschiffe MKS 180 für rund

5,5 Milliarden Euro und ein neues Radarsystem für den Eurofighter (der deutsche Anteil ist 2,85 Milliarden Euro).

Außerdem sind geplant: Die Eurodrohne, Flugkörper für die Korvetten K 130 und Lenkbomben für den Eurofighter.

Aber all das sind Peanuts im Vergleich zu den Erhöhungen, die von den USA und der NATO gefordert werden: 2 Prozent des BIP

soll in die Rüstung fließen. Derzeit gibt Deutschland schon 50 Milliarden Euro für Rüstung aus. Zukünftig werden das annähernd 80 Milliarden werden. (Im Vergleich Russland gibt 65 Milliarden für Rüstung aus).

Haben wir jetzt überhaupt so viel Geld?

Mitten in einer Wirtschaftskrise und einer Corona-Epidemie?

Wie soll zukünftig die öffentliche Daseinsfürsorge bezahlt werden? Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Müllentsorgung, Trinkwasserversorgung, Kindertagesstätten und so weiter? Diese Rüstungsausgaben sind Wahnsinn! Rüstung löst keine Probleme. Das Geld wird dringend für Sozialpolitik und Klimapolitik gebraucht! Und natürlich für Lohnerhöhungen für das Pflegepersonal!



1 Leopardpanzer II = 48 Sozialwohnungen à 95m²